

Antwort auf Cameron: Freundlich im Ton, hart in der Sache

von Dr. Otto Schmuck

Seit wenigen Wochen liegen die Karten auf dem Tisch. In einem mit „Dear Donald“ überschriebenen Brief an den Präsidenten des Europäischen Rates hat Premierminister David Cameron vor wenigen Tagen die Forderungen seiner Regierung im Hinblick auf das lange angekündigte Referendum über die britische EU-Mitgliedschaft übermittelt. Das Papier enthält zu den vier Bereichen Wirtschaft, Wettbewerbsfähigkeit, nationale Souveränität und Einwanderung konkrete Vorschläge. Bereits im Dezember sollen die Staats- und Regierungschefs der 28 EU-Staaten hierüber erstmals beraten. Insofern drängt die Zeit, eine Position zu den britischen Forderungen und Erwartungen zu entwickeln. Auch die Europa-Union sollte sich an dieser Debatte beteiligen, da hier – ja nach Ausgang der Verhandlungen – entscheidende Weichenstellungen zur Zukunft der EU vorgenommen werden könnten.

Mögliche Reaktionen der EU-Partner

Eine Reaktion der EU-Partner könnte in dreierlei Weise erfolgen:

- Erstens könnten die Forderungen Camerons weitgehend ignoriert werden. Viele Pro-Europäer bewerten das Vorgehen Camerons als eine Zumutung, schlichtweg als Erpressung, auf die man in keiner Weise reagieren sollte. Schließlich hat das Vereinigte Königreich an allen Entscheidungen der EU seit dem Beitritt 1972 mitgewirkt und dabei in vielen Fällen weitergehende Einigungsschritte verhindert bzw. weit reichende Opt-outs ertrotzt. Zudem könnten Zugeständnisse andere EU-Mitglieder zu einem vergleichbaren Vorgehen ermutigen.
- Zweitens könnte ein konstruktives Vorgehen darin bestehen, die Vorschläge sorgfältig daraufhin zu überprüfen, ob die Realisierung einzelner Punkte Verbesserungen bringen würde ohne weitere Einigungsschritte dauerhaft zu verhindern. In Form einer Erklärung könnten in den identifizierten Bereichen Reformen vereinbart werden.
- Drittens wäre es möglich, die britischen Forderungen weitgehend zu akzeptieren und im Zusammenhang damit das Konzept einer differenzierten Integration in zwei Kreisen – Eurozone im Kern und Binnenmarkteuropa als das größere Europa – aktiv zu verfolgen. Dieses Vorgehen würde von der Einschätzung ausgehen, dass Integrationsschritte im Kreis aller 28 EU-Staaten heute und in Zukunft wenig realistisch sind und deshalb der Fokus für die weitere Einigung eindeutig auf die Eurozone gelegt werden muss.

Ich plädiere nachdrücklich für den zweiten Weg. Der britische Premierminister hat ein gefährliches Spiel begonnen, dessen Ausgang keineswegs gewiss ist. Ein schlichtes Ignorieren der britischen Wünsche könnte als Ablehnung des Landes missverstanden werden und die europakritischen Kräfte im Referendum entscheidend stärken. Aus außenpolitischen Gründen und auch zur Stärkung der stabilitätsorientierten Kräfte in der EU sollte jedoch ein Brexit nach

Möglichkeit verhindert werden. Doch dürfen die Zugeständnisse die weitere europäische Entwicklung – möglichst mit allen Mitgliedern – nicht dauerhaft verbauen.

Positive Signale ohne Aufgabe der Einigungsperspektive

Insofern sollte die EU nach dem Motto „freundlich im Ton, doch hart in der Sache“ verfahren. So sollte die britische Forderung keineswegs akzeptiert werden, dass die EU mehr als eine Währung hat. Auch künftig sollte es unser Ziel bleiben, den Euro als Zahlungsmittel für die gesamte Union zu verankern. Auch ist eine Vereinbarung, wonach es für Nicht-Euro Länder durch Entscheidungen der Eurozone keinerlei Nachteile und Diskriminierungen geben dürfe, äußerst kritisch zu sehen. Hier stellt sich die Frage, wer denn über die Nachteile entscheidet; Streit scheint vorprogrammiert. Auch sind wie auch immer geartete Einschränkungen der Freizügigkeit von EU-Bürgerinnen und -Bürgern strikt abzulehnen. Vor allem aber sollte der EU-Mitgliedstaat UK nicht aus der Verpflichtung einer „ever closer Union“ anzugehören, entlassen werden. Die EU ist eine Integrationsgemeinschaft und sollte es auch in Zukunft bleiben.

Hingegen könnten Reformen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit im Detail geprüft und wohl auch beschlossen werden. Der Abbau von Beschränkungen der Wirtschaft durch zu viele und zu detaillierte EU-Vorschriften ist in der EU allgemein akzeptiert und gehört zum Programm der Kommission Juncker. Die Forderungen zur Stärkung der nationalen Souveränität könnten sogar in einem proeuropäischen Sinne aufgegriffen werden. Cameron setzt sich in diesem Zusammenhang für verstärkte Blockademöglichkeiten der nationalen Parlamente ein. Dem könnte man ein positives proeuropäisches Instrument entgegensetzen. Dieses würde darin bestehen, dass eine bestimmte Anzahl der nationalen Parlamente ähnlich der Europäischen Bürgerinitiative die Kommission zur Vorlage einer Gesetzesinitiative auffordern könnte. Das Initiativrecht der Kommission und die Entscheidung von Rat und Parlament blieben dabei nach wie vor erhalten. Das Europäische Parlament verfügt übrigens nach Artikel 225 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU bereits seit einigen Jahren über ein solches Aufforderungsrecht.

Cameron kündigte an, bei aus seiner Sicht befriedigenden Ergebnissen der Verhandlungen sich für den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU einsetzen zu wollen. Auch die britische Wirtschaft und vor allem die „City“ werden sich sicherlich pro-europäisch positionieren. Zudem droht bei einem negativen Ausgang die Abspaltung Schottlands.

Trotz dieser gewichtigen Argumente für den Verbleib Großbritanniens in der EU ist aus heutiger Sicht der Ausgang des Referendums völlig offen. Ich würde den Austritt des Vereinigten Königreichs sehr bedauern. Doch wünsche ich mir einen konstruktiven Partner in der EU. Wenn hierzu die Bereitschaft nicht vorhanden ist, wird man über alternative Formen der Anbindung verhandeln müssen.